

# BASis Info 2/2013

Neues von der Duisburger SPD-  
Bundestagsabgeordneten Bärbel Bas

**SPD**

01.03.2013



Liebe Leserin, lieber Leser,

vor 80 Jahren, in der Nacht vom 27. auf den 28. Februar 1933, ging das Reichstagsgebäude in Flammen auf. Und mit ihm die erste deutsche Demokratie. Am Tag darauf setzte die Reichstagsbrandverordnung die Grundrechte außer Kraft und am 24. März 1933 wurde das Ermächtigungsgesetz beschlossen. Nur die SPD um Otto Wels stimmte damals dagegen. Das ist bis heute ein guter Grund, stolz auf die Geschichte der SPD zu sein.

Das Engagement gegen Faschismus und Fremdenfeindlichkeit ist in diesen Tagen aber leider mehr als nötig. In Duisburg wehren wir uns mit aller Kraft gegen Rechtspopulismus (s. Seite 3). In Berlin erleben wir beim NPD-Verbot eine weitere schwarzgelbe Hängepartie. Die SPD fordert den Verbotsantrag seit Jahren. Merkel ist der Entscheidung über einen Verbotsantrag der Bundesregierung monatelang ausgewichen. Kaum zeigt sie Flagge, gibt es in der Koalition neuen Streit. Die Regierung vergisst: Wir brauchen endlich klare Kante gegen die NPD.

Es ist leider nicht das einzige unwürdige Spielchen dieser Bundesregierung. Bei der Mindestlohn-Mogelpackung tut Schwarz-Gelb mit einer sog. „Lohnuntergrenze“ so, als sei dies ein Mindestlohn - obwohl genau dieser damit verhindert werden soll. Ein klares Ablenkungsmanöver. Wir werden mit der rot-grünen Mehrheit der Länder den Druck erhöhen. Die Bundesratsinitiative für einen allgemeinen gesetzlichen Mindestlohn von 8,50 Euro steht.

Merkel will ein für sie so lästiges Thema vor dem Wahlkampf abräumen, da wird Schwarz-Gelb schon vom Nächsten überrollt: Die volle rechtliche Gleichstellung eingetragener Lebenspartnerschaften. Nach der Entscheidung des Bundesverfassungsgerichtes zum Adoptionsrecht gleichgeschlechtlicher Partner hieß es zuerst, die CDU wolle ihre Modernisierungsblockade aufgeben. Jetzt rudern wieder einige bei Schwarz-Gelb um Jahrzehnte zurück, obwohl in unserer Gesellschaft die Gleichstellung schon lange akzeptiert ist. Zuletzt hat die SPD die steuerliche Gleichstellung der Lebenspartnerschaften mit

dem Jahressteuergesetz 2013 eingebracht. Aber noch am 17. Januar haben die Abgeordneten von CDU, CSU und FDP das in namentlicher Abstimmung abgelehnt.

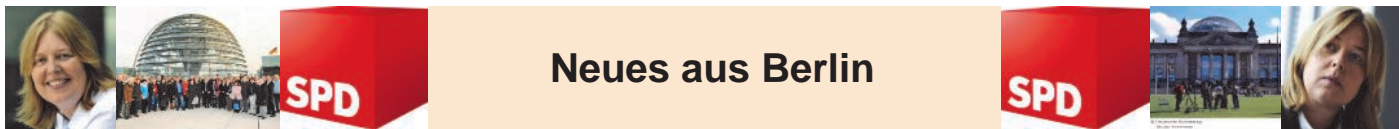
Am Mittwoch hatte die SPD-Bundestagsfraktion die Haltung der schwarz-gelben Bundesregierung zur vollständigen Gleichstellung von Lebenspartnerschaft und Ehe zum Thema einer aktuellen Stunde gemacht. Auch hier eierte Schwarz-Gelb wieder herum. Für uns Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten ist Gleichstellung mehr als nur ein schönes Wort. Und viel mehr als nur ein Wahlkampftrick.

Oft genug trifft der schwarzgelbe Etikettenschwindel auf die schwarzgelbe Prinzipienlosigkeit. Bei Angela Merkel und ihrer Regierung wird man meistens nicht einmal einen Abklatsch bekommen, sondern das blanke Gegenteil. Nur wo SPD draufsteht, ist auch wirklich SPD drin. Wir sind das Original.

Herzliche Grüße

A handwritten signature in black ink, appearing to read 'B.B.' with a stylized flourish.

Bärbel Bas



## Neue Ausbildung für Notfallsanitäter

Notfallsanitäter erhalten eine neue Ausbildung, die sich wesentlich von der bisherigen Ausbildung zum Rettungsassistenten unterscheidet. Das hat der Bundestag gestern Abend beschlossen. Unter anderem wird die Ausbildungsdauer von zwei auf drei Jahre verlängert, die Kompetenzen im Notfall werden erweitert und genauer geregelt. Zur Verbesserung der Ausbildungsqualität sind die einheitlichen Qualitätsanforderungen an die Rettungsdienstschulen erhöht worden. Das neu formulierte Ausbildungsziel verdeutlicht die moderne Aufgabenstellung des Berufs und entspricht dem breiten Tätigkeitsspektrum. Im Rettungswesen arbeiten ärztliches und nichtärztliches Personal eng zusammen, das geht nur mit einer qualitativ hochwertigen Ausbildung.

Die SPD-Bundestagsfraktion hat sich bei der Abstimmung enthalten, da uns Klarstellungen im Bereich der Kompetenz des "NotSan" und eine Kostenübernahme für die Weiterbildung der bereits tätigen Rettungsassistenten fehlt. Ausdrücklich begrüße ich, dass das Gesetz auch auf die Rettungsdienste Rücksicht nimmt, die - wie in Duisburg - durch Berufsfeuerwehren wahrgenommen werden. Die Feuerwehrbeamten haben nun ausreichend Gelegenheit, die Anforderungen an den Notfallsanitäter in ihre Ausbildung aufzunehmen.

## „Pille danach“ endlich rezeptfrei machen

Die aktuellen Diskussionen zur „Pille danach“ zeigen auf, dass die flächendeckende Sicherstellung der gesundheitlichen Versorgung von Sexualopfern auch in Regionen mit vielen Krankenhäusern nicht immer gewährleistet ist. Vor dem Hintergrund der unverständlichen Aktionen katholischer Krankenhäuser ist die Notwendigkeit einer Aufklärung über die unterschiedlichen Formen der Empfängnisverhütung um so deutlicher geworden.

Bei der "Pille danach" handelt es sich nicht um eine Abtreibungspille, sondern um ein Medikament zur Empfängnisverhütung. Sie sorgt für die Verhinderung einer ungewollten Schwangerschaft und beugt Schwangerschaftsabbrüchen vor. Sie verhindert oder verschiebt den Eisprung, so dass keine Befruchtung stattfindet. Hat eine Befruchtung bereits stattgefunden, verhindert die „Pille danach“ die Einnistung in die Gebärmutter. Ist eine Einnistung schon geschehen, wirkt sie nicht mehr.

Bereits im Mai 2012 wurden auf der ASF-Bundeskonzferenz Erfahrungsberichte aus ländlichen und (klein-)städtischen Regionen beim Zugang zur „Pille danach“ diskutiert. Es gibt für viele Frauen größte Schwierigkeiten, nach einer Verhütungspanne die „Pille danach“ in kurzer Zeit zu bekommen.

Die SPD tritt für die sexuelle Selbstbestimmung der Frau ein. Gesundheits- und Familienpolitiker der SPD fordern daher schon länger, dass die Notfallkontrazeptiva von der Rezeptpflicht befreit werden. Erst durch die Verschreibungspflicht werden Frauen und Familien in seelischen Notständen genötigt, einen Arzt oder ein Krankenhaus aufzusuchen. Die SPD-Bundestagsfraktion hat den Antrag „Rezeptfreiheit von Notfallkontrazeptiva - Pille danach - gewährleisten“ (Drs. 17/11039) verfasst. So wurde die Diskussion um die grundsätzliche Freigabe der Rezeptpflicht der „Pille danach“ bereits im vergangenen Jahr im Deutschen Bundestag angestoßen. Im April findet eine Anhörung im Gesundheitsausschuss statt.

Die „Pille danach“ wird übrigens in 28 europäischen Ländern rezeptfrei vertrieben. Nirgendwo wird von gesundheitlichen Schäden oder einem „auf Leichtfertigkeit“ beruhendem Anstieg beim Umgang mit Verhütungsmitteln berichtet. Deshalb fordert die SPD-Bundestagsfraktion von der Bundesregierung, den Wirkstoff frei zu geben, so dass er nach einer Beratung in der Apotheke erworben werden kann. Außerdem soll eine Studie für Deutschland verlässliche Daten zu Verhaltensweisen beim Gebrauch verschiedener Verhütungsmitteln liefern.



### Tag der Kinderhospizarbeit

Am 10. Februar jährte sich der Tag der Kinderhospizarbeit zum 7. Mal. Meine Erfahrungen als Schirmherrin des Malteser Hospizes St. Raphael in Huckingen haben mir gezeigt, wie wichtig diese Arbeit ist. Sie ist Ausdruck besonderer gesellschaftlicher Solidarität. Der Tag der Kinderhospizarbeit rückt dieses wichtige Thema in den Mittelpunkt und verschafft ihm die angemessene Aufmerksamkeit. Über meine Schirmherrschaft berichte ich auch auf [www.facebook.com/SchirmherrinMalteserHospizDuisburg](http://www.facebook.com/SchirmherrinMalteserHospizDuisburg) und freue mich über Unterstützung - einfach „Gefällt mir“ klicken.

Mit der **Verleihung des ApothekenSiegels** für besondere Qualität wurden am 14. Februar die Malteser Apotheken in Meiderich und am Hauptbahnhof belohnt. Die Meidericher sind sogar die beste Apotheke Deutschlands. Ein tolles Ergebnis.

## Gemeinsam gegen Rechtspopulismus in Duisburg

Anlässlich der geplanten Kundgebung der rechtspopulistischen „Pro NRW“ vor dem Bergheimer Hochhaus ruft die Duisburger SPD alle Duisburgerinnen und Duisburger zur Teilnahme an der Gegenkundgebung des „Bündnisses für Toleranz und Zivilcourage“ am 12. März um 11 Uhr auf. Wir müssen den Rechtspopulisten entschlossen

entgegenzutreten und ein klares Zeichen gegen Fremdenfeindlichkeit setzen. Als Sozialdemokratin bin ich der festen Überzeugung, dass es in unserer Gesellschaft keine Bühne für rechtsextreme Ansichten geben darf.

Deshalb habe ich auch im Februar dem Gastwirt Frank Gehlen aus meinem Wahl-

kreis in einem Brief für seinen eindrucksvollen Mut, sein vorbildliches Verhalten und seine Zivilcourage meine Anerkennung ausgesprochen. Er hatte den Mitgliedern der NPD ein Hausverbot in seinem "Bootshaus Ehingen" erteilt und damit mutig gezeigt: In unserem Duisburg ist kein Platz für Rechtsextremismus.

## +++Auszug aus meinem Kalender+++

+++04.03.-06.03.: Delegationsreise des Gesundheitsausschusses in die Niederlande+++

+++07.03.: BASis-Tag beim Regenbogen e.V. - zuerst im Sozialpsychiatrischen Zentrum (SPZ) in Rheinhausen,

am Nachmittag dann im Wohnheim für chronisch psychisch erkrankte Menschen in Wanheim+++

+++ 08.03.: DGB - Veranstaltung zum internationalen Frauentag im Kleinen Prinzen+++

+++09.03.: „Gelsenkirchener Gespräche 2013“ der NRWSPD+++

+++11.03.-15.03. + 18.03.-22.03.: Sitzungswochen des Deutschen Bundestages+++

[+++www.baerbelbas.de+++](http://www.baerbelbas.de)

## Neues am Ende



Beim **Forum Gesundheit** der Ärztekammer Nordrhein diskutierte ich am 5. Februar mit Jens Spahn (CDU), Ulrike Flach (FDP), Maria Klein-Schmeink (Grüne) und Uwe Brock (Ärztekammer Nordrhein) über die gesundheitspolitischen Perspektiven nach der Bundestagswahl. Foto: Ärztekammer Nordrhein/PR-Uwe Brock Köhring.



### Praktikant des Monats

war im Februar der 23-jährige Malte Haring aus Bielefeld. Als Student der Gesundheitswissenschaften war er besonders an meiner Arbeit im Gesundheitsausschuss interessiert. [Maltes Praktikumsbericht lesen Sie hier.](#)

## Neues aus meinem Tagebuch

Die „Wimmel-Attacke“ tobte in den vergangenen Tagen durch die Mail-Postfächer des Bundestages. Viele engagierte Eltern machten ordentlich Betrieb gegen das Betreuungsgeld und für die bessere Vereinbarkeit von Familie und Beruf. Eine tolle Aktion, die auch von den Initiatoren des „Tag der Kinderbetreuung“ unterstützt wurde. Tina Gerber mailte mir sogar aus Sao Paulo: „Die jetzige Situation ist unzumutbar. und die Herdprämie ist der Hohn!“.

Um verantwortliche Entscheidungen treffen zu können, muss ich alle Seiten eines Themas kennen. Deshalb spreche ich z.B. auch mit den Vertretern von privaten Krankenversicherungen. Ein für Mittwoch geplantes Gespräch

musste aber abgesagt werden, der Top-Lobbyist hatte sich den Termin „nur mit Bleistift im Kalender notiert“. Ob ich auch schon Dienstagnachmittag könne? Nein, da gehen alle Abgeordneten zur Fraktionssitzung, das kann auch ein Lobbyist wissen... [Eine Übersicht über meine Lobbygespräche finden Sie auf \[www.baerbelbas.de\]\(http://www.baerbelbas.de\).](#)

Alle paar Monate mailt uns der Fahrdienst, was wir Abgeordneten so alles in den Wagen verloren haben. Das Prunkstück diesmal: ein Samsung-Smartphone. Glücklicherweise ließ sich der Eigentümer schnell ausfindig machen, weil der CDU-Kollege bereits am Vortag eine Vermisstenanzeige an alle MdB geschickt hatte.



Bis zum nächsten Mal, ich freu mich drauf, Bärbel Bas

**Impressum**  
 V.i.S.d.P.: Bärbel Bas  
 Platz der Republik 1  
 11011 Berlin  
 Tel. : 030 / 227 75607  
 Fax: 030 / 227 76607  
[baerbel.bas@bundestag.de](mailto:baerbel.bas@bundestag.de)  
[www.baerbelbas.de](http://www.baerbelbas.de)